

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Gemäß § 26 GOG-NR

XXIII. GP.-NR

729/A(E)

07. Mai 2008

der Abgeordneten Ing. Hofer, Vilimsky  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend „Project Better Place“

Die Organisation „Project Better Place“ hat kürzlich in Israel ein großes Vorzeigeprojekt gestartet, das das Land von Erdöl unabhängig machen soll. Innerhalb von nur 18 Monaten soll ein Netz an Elektrotankstellen und Serviceeinrichtungen für Elektroautos errichtet werden. Gleichzeitig hat sich Renault Nissan dazu verpflichtet, Elektroautos zu liefern, die eine Reichweite von mehr als 200 Kilometern erreichen. Die Leistung der Fahrzeuge wird jener eines 1,6 l-Benziners entsprechen. Der Strom soll zu Beginn aus dem normalen Netzwerk kommen, in Zukunft aber rein solar erzeugt werden.

Die israelische Regierung unterstützt das Projekt. Beim Kauf eines Elektroautos sollen weit weniger Steuern anfallen als bei jedem anderen PKW. Laut „Financial Times“ sind bereits 200 Millionen Dollar (137 Mio. Euro) an Risikokapital vorhanden, womit die erste Phase des Projekts umgesetzt werden könne. Für die gesamte Infrastruktur und die Elektroautos wurden weitere Kosten von 800 Mio. Dollar errechnet. Zur Deckung des gesamten Strombedarfs aus der Sonne, wären Investitionen von insgesamt fünf Milliarden Dollar (3,4 Mrd. Euro) nötig.

Project Better Place hat indes angekündigt, eine weltweite Infrastruktur zum Laden von Elektroautos aufzubauen. An speziellen Stationen soll es auch möglich sein, leere Batterien gegen geladene Batterien austauschen zu lassen. In Israel sollen Ende 2010 rund 100.000 Elektroautos unterwegs sein.

Da dieses Projekt sowohl im Hinblick auf die zur Neige gehenden Erdölreserven als auch hinsichtlich des Abbaus der Abhängigkeiten von fossilen Energielieferungen aus dem Ausland als zukunftsweisend betrachtet werden kann, wäre zu prüfen, ob zumindest eine ähnliche Initiative für Österreich vorbereitet werden kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Zeitrahmen in Österreich ein Projekt nach dem Vorbild ‚Project Better Place‘ umgesetzt werden kann.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.*

Wien am  
7. Mai 2008